

ANSTUß

Februar 2024

27. Jahrgang Zeitung der LINKEN in der Region Saalfeld-Rudolstadt



Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen. **Diese Wirtschaft tötet. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann.**

Papst Franziskus in Evangelii Gaudium

Kastanienallee 86 Berlin ("Tuntenhaus")
FOTO: TOM

Neuer Kreisvorstand gewählt



Neuer Vorstand
Sascha Krüger, Christin Ludwig, Leon Schwalbe

Neuer Kreisvorstand

Vorsitzender
Sascha Krüger

Stellvertreterin
Christin Ludwig

Stellvertreter
Leon Schwalbe

Schatzmeister
Manfred Pätzold

Schriftführer
Paul Kurtzke

weitere Mitglieder des Vorstandes

Doris Födisch
Birgit Pätzold
Simone Post
Klaus Biedermann

Finanzrevision

Annerose Blayer
Sven Kurzhauer

Schlichtungskommission

Martina Erfurth
Sabine Österreicher
Sven Kurzhauer
Hubert Krawczyk

Am 20. Januar 2024 traf sich der Kreisverband bei erheblich schönem Winterwetter im HASKALA. Gäste waren Anja Müller (MdL, Wartburgkreis), die einen Input zu Bürgerbegehren und direkte demokratische Beteiligungsformen gab und Steffen Much aus dem Saale-Orla-Kreis. Die Veranstaltung hatte neben dringendem politischen Austausch und der Vorbereitung des Wahljahres auch die Neuwahl des Kreisvorstandes, der Kommissionen und der Vertreter:innen für die Listenaufstellung zur Landtagswahl zum Ziel. Gewählt wurden:

Vertreter:innen zur Aufstellung der Landtagsliste der LINKEN Thüringen

Vertreter:innen

Doris Födisch	Sascha Krüger
Christin Ludwig	Paul Kurtzke
Birgit Pätzold	Lothar Haase

Nachrücker:innen

Katharina Fritz	Finn Brauer
Simone Post	Christian Fust
	Manfred Pätzold
	Daniel Starost

"Die Bürgerinnen und Bürger stehen 2024 vor wichtigen politischen Entscheidungen. **Wir wollen ihnen dabei ein Angebot für eine soziale, friedliche und tolerante Politik machen.** Der neugewählte Kreisvorstand ist dafür ein starkes Team, das die bevorstehenden Herausforderungen mit voller Kraft angehen wird."

- Sascha Krüger, Kreisvorsitzender

Die Linke

Kreisverband
Saalfeld-Rudolstadt

Neues aus dem neuen Kreisvorstand

Grüner Tee, der wie Sekt aussieht, viel Orga und jede Menge Ambitionen

Es sah aus wie Sekt, was da am 7. Februar abends auf dem Tisch im Bad Blankenburger Büro stand. Mir wurde aber versichert, es handele sich um grünen, kalorienarmen Tee. Zum „Beweis“ hielt man mir eine Flasche direkt vor die Kamera. Da ich als hybrider Gast der Veranstaltung nur online von weit auswärts her beiwohnte, musste ich das glauben. Trotz riesiger Fortschritte bei Onlineteilnahmen an jeder Art von Treffen während der Hochphase der Corona-Pandemie, sind Geruchs- oder gar Geschmacksproben über das Internet nach wie vor nicht vorgehen.

Die Stimmung

Der Einstieg des neuen Kreisvorstandes wirkte also eher mondän, was man den Genossen und Genossen aber gerne gönnt, und die Stimmung war gut. Das ist nicht immer so gewesen, es wird auch nicht immer so sein, aber der Start stimmt sehr optimistisch. Es besteht ein Interesse daran, konzentriert, motiviert und konstruktiv zu arbeiten. Das war offensichtlich.

Das Selbstverständnis

Es ist übrigens nicht selbstverständlich, sich ehrenamtlich mitten in der Woche mit den Formalia einer Partei zu befassen, die noch an unversorgten Bruchstellen schmerzt und sich trotzdem tapfer wider einen irrationalen Zeitgeist stellt. Und deshalb ist die Wahl in den Vorstand nicht die Suche nach Bedeutung oder Anerkennung. Alle, die hier anwesend waren, haben sich verpflichtet – zur Arbeit, die im Ehrenamt zusätzlich mit großem Aufwand geleistet werden muss.

In der ersten Sitzung waren acht der neun Vorstandsmitglieder anwesend, zusätzlich fünf Gäste – teils vor Ort, teils an einem Endgerät.

Das Wahljahr steht an, aber der sehr neue Kreisvorstand muss sich natürlich konstituieren. Die Vorbereitungen wurden durch den Vorsitzenden, die

Stellvertreterin und andere offenkundig bereits fleißig im Vorfeld getroffen, so dass die Formalia mit konzentrierter Vernunft zügig abgearbeitet wurden:

Die Organisation

E-Mail-Verteiler, Terminkalender, Gruppenchat, Ablagesysteme für Dokumente, Berechtigungen, den Kreisverband zu vertreten, Finanzberechtigungen des Vorsitzenden, Kompetenzen des Schatzmeisters und seiner Assistentin – sprich Bankvollmachten, alles Dinge, die geregelt sein müssen und schnell einmütig beschlossen sind. Vorbereitung eben.

Vertretungsberechtigungen

Vertretungsberechtigt für den Kreisverband gegenüber Behörden und der Partei sind Sascha Krüger, Christin Ludwig und Leon Schwalbe. In Finanzsachen ist der Schatzmeister ebenfalls vertretungsberechtigt, gegenüber Druckereien ausnahmsweise aus Aufgabenlogik heraus auch Birgit Pätzold.

Die interne Arbeitsweise des Vorstandes nun bis ins Detail weiter zu erläutern, sprengt den Rahmen der Relevanz. Nur so viel sei noch gesagt:

Der Sitzungsturnus

Der neue Vorstand wird sich regelmäßig montags, einmal im Monat treffen. Die Termine werden bekanntgegeben und Gäste aus der Partei sind sehr gerne gesehen.

Die Aufgaben

Aufgabenverteilung für die Vorstandsmitglieder wurden bereits im Vorfeld durch Christin mit allen Beteiligten abgesprochen. Das sind Aufgaben wie Sitzungsvorbereitungen, Preserverantwortlichkeit, Redaktion des Anstoß, Verbindung zur Landesebene, der Social-Media-Bereich, Führung eines politischen Kalenders, Kontakt zu LAGs der Landespartei, der riesige Brocken Finanzen, der Donnerstagstreff, die Whats-

App-Gruppen, Kontakt zu den Kommunalfraktionen, Mitgliederbetreuung, das Protokollwesen, Kontakt zum Jugendverband, zur Gedenkstätte Laura und Verbindungen zu den Regionen, in denen teilweise keine Ortsgruppen mehr bestehen. Das ist nur ein Teil der Aufgaben, die als Liste vorbereitet bereits mit Namen der Vorstandsmitglieder versehen waren. Über die „Gebietszuständigkeiten“ lohnt es sich, konkreter zu werden, denn vielleicht liest ein Mitglied von außerhalb des Städtedreiecks dies hier und fragt sich, wen sie oder er ansprechen kann und wie:

Die Regionalen Zuständigkeiten

Verantwortlich für regelmäßigen Kontakt in die Region Schwarzatal ist Sascha, für Königsee Christin, für Kamsdorf und Unterwellenborn Manfred, für Uhlstädt Klaus. Für die Regionen Katzhütte und Probstzella konnte leider noch niemand konkret Bereitschaft erklären, aber der Ruf geht hier natürlich auch vom Vorstand hinaus in die Welt: bitte meldet euch, wenn ihr Kontakt sucht, insbesondere auch Hilfe für Kommunallisten, Ideen habt oder Vorschläge. Wenn ihr nicht wisst, wo ihr euch melden sollt, schreibt gerne unserer netten Redaktion des Anstoß' oder über die E-Mail-Adresse im Impressum oder ruft zu den Geschäftszeiten in der Geschäftsstelle an. Wir vermitteln euch weiter!

Die Wahlkampfverantwortlichen

Die Wahlkampfverantwortlichen sind natürlich neben dem gesamten Vorstand alle Mitglieder. Unsere Vertretung für das Landeswahlbüro übernimmt Leon, vertreten von Sascha und Christin. Das Kreiswahlbüro, also unser eigenes Orga-Gremium für den Wahlkampf, wird mit Leon als Vorsitzendem und Christin als dessen Stellvertreterin besetzt.

Der Haushalt

Der Kreishaushalt ist vom Schatzmeister, dessen Assistentin, dem Vorsitzenden und mit jeder Menge geduldiger Hingabe bereits vor vielen Wochen vorbereitet worden. Dass er für 2024 bislang nicht beschlossen wurde, hing an einer fehlenden Mittelzuweisung des Landesverbandes an den Kreisverband für neue Materialien, die angeschafft werden müssen, da die Partei ein neues Design hat (neue Schriften, Farben, Logos). Es ist dem energischen Einsatz des Vorsitzenden zu verdanken, dass der Kreishaushalt für die

Neuanschaffung durch den Landesverband nun gestützt werden soll – Gelder, die nach hiesiger Auffassung ohnehin für die Kreisverbände gedacht waren, aber erst energisch eingefordert werden mussten. Die Widersprüche hierum mussten mit dem Landesschatzmeister in mehreren Extrarunden ausgeräumt werden. Der letztlich konstruktiven Arbeitsweise aller Beteiligten war es dann zu verdanken, dass ein Kompromiss gefunden wurde. Der Kreishaushalt konnte beschlossen werden, er wird ausgeglichen sein, auch wenn dafür, wie in Wahljahren üblich, auf die Rücklage zugegriffen werden muss.

Die nächste Gesamtmitgliederversammlung

zur Aufstellung der Kreistagswahlliste wurde für den 9. März einberufen. Dort soll auch das Wahlprogramm beschlossen werden. Details könnt ihr diesem Anstoß hier irgendwo entnehmen und werdet ihr per Post erhalten.

Wie viel Versammlung geht an einem Tag?

Die Frage, ob es möglich ist, direkt nach der Aufstellung der Kreistagswahlliste noch diejenige für die Stadt Saalfeld aufzustellen, wurde unterschiedlich bewertet und letztlich eher bezweifelt. Wie sich der Stadtverband hierzu verhalten hat, könnt ihr dem Terminkalender entnehmen. Was meint ihr? Kann man zwei Listenaufstellungen an einem Tag hintereinander machen? Leon und ich denken, das geht. Dass dies keine Zumutung wäre, haben wir aber nicht gesagt.

Es ist noch mehr im Kreisvorstand geschehen, aber zu viele Details vernebeln das Wesentliche. Die Atmosphäre jedenfalls war sehr angenehm. Ich empfehle euch, auch mal an den Sitzungen als Gast teilzunehmen. Es ist erstaunlich, wieviel Hingabe und Orga unser kleiner Kreisverband erfordert. Ich habe aber das Gefühl, er ist gerade in sehr guten Händen und wünsche dem Vorstand ganz, ganz viel Erfolg und Kraft. Und ich möchte alle ermutigen, den Vorstand bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Der Zweifel

Übrigens, Simone, ich glaube, grüner Tee sieht anders aus. Ich bezweifle, dass das in den Sektgläsern grüner Tee war.

Neues aus dem Kreistag

Kreistag mit seiner vorletzten Sitzung der Wahlperiode

Die erste Kreistagssitzung des Jahres und vorletzte der Wahlperiode findet erst am 12. März statt, bevor dann am 28. Mai, also nach der Kommunalwahl, die letzte Sitzung erfolgt. Zu dieser dürfte dann die neue Zusammensetzung des Kreistages schon bekannt sein.

Die Fraktion DIE LINKE traf sich Ende Januar im Beisein der neu gewählten stellvertretenden Kreisverbandsvorsitzenden Christin und weiterer Gäste, um die Vorhaben der Fraktion für den Rest der Wahlperiode zu besprechen.

Die Sitzungen finden regelmäßig dienstags um 17 Uhr eine Woche vor der jeweiligen Kreistagssitzung im Büro Bad Blankenburg, Kirchplatz 1, statt. In den sitzungsfreien Monaten berät die Fraktion zu weiteren aktuellen Themen. Wir planen einen Gedankenaustausch mit der Koordinierungsstelle „Partnerschaft für Demokratie“. (www.lustaufzukunft.org). Für die nächste Kreistagssitzung werden wir eine Berichterstattung der Polizei über die Si-

cherheitslage im Landkreis beantragen. Im letzten Jahr war sie ins Wasser gefallen.

Weiterhin wollen wir in der verbleibenden Zeit im Zusammenhang mit den Klagen über zerrissene Gelbe Säcke vor allem im ländlichen Bereich klären lassen, ob der DSD der schon vor längerer Zeit vom Kreistag erhobenen Forderung nach dickerer Folie nachgekommen ist.

Frank (Jugendhilfeausschuss), Klaus (Bau und Vergabe) und Rita (Jugendhilfeplanung) informierten über die Ergebnisse der ersten Ausschusssitzungen des Jahres. Der Jugendhilfeausschuss diskutierte mit Mitgliedern des Jugendforums, wie dessen Beteiligung an der Beratung von Angelegenheiten Jugendlicher verbessert werden kann. Auf jeden Fall werden kommende Ausschusssitzungen nicht nur im großen Saal des Landratsamtes, sondern auch vor Ort dort stattfinden, wo Jugend ist – zum Beispiel in Jugendhäusern.

Ausschussvorsitzender Klaus informierte über die Vergabe eines Auftrages zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes und einer Klimawandelfolgenanpassungsstrategie – da bricht man sich ja die Zunge – für den Landkreis. Ob's hilft? Ich weiß es nicht. Es gab mal gerade wieder Fördermittel und der Zuschlag ging nach München.

Unter „Sonstiges“ informierte ich die Fraktion über meine Teilnahme an der Jahresversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes Saale-Schwarza. Über 100 Anwesende bildeten eine eindrucksvolle Kulisse. Vorsitzender Olaf Melzer begrüßte zu Beginn „die Vertreter der im Kreistag vertretenen Parteien und Wählervereinigungen“. Außer Maik Kowallek in Vertretung des Landrats war aber gar keiner da. So blieb es mir vorbehalten, einen Irrtum aufzuklären. In seinem Bericht bemerkte der Vorsitzende, der Verband hieße abweichend vom Landkreis Saalfeld-Rudolstadt Verband Saale-Schwarza, weil die Feuerwehr bei der Namensgebung schneller war. Aber 1994 sollte ursprünglich unser Landkreis auch Saale-Schwarza heißen, bis es der Landtag anders beschloss. Der Feuerverband behielt die selbst gewählte Bezeichnung.

Zum Schluss möchte ich noch auf die **Interaktive Ideenkarte** (www.ideenkarte.kreis-slf.de) hinweisen.

Bei dieser Beteiligungsplattform geht es neben Projektideen auch um Verbesserungsvorschläge, Mängel und sonstige Hinweise, z.B. im Bereich von Radwegen, Freiflächen oder Naturschutzbelangen.

Die Eintragungen sind ohne Anmeldung und sowohl mit Namensnennung als auch anonym möglich und werden vor Veröffentlichung von Mitarbeitern des Landratsamts freigegeben. Außerdem können die vorgeschlagenen Ideen kommentiert und bewertet werden. Die Kategorien für Vorschläge sind u.a. Nachhaltige Mobilität, Erneuerbare Energien, Bauen & Wohnen, Konsum & Abfall oder Gemeinschaft & Soziales.

Die Ideenkarte dient als Ergänzung für weitere geplante Beteiligungsformate im Rahmen der Erstellung einer Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategie für den Landkreis, die im Februar starten soll. Ziel ist es, Ideen und Hinweise der Landkreisbewohner für eine nachhaltige Kreisentwicklung zu bündeln und nach Möglichkeit in die strategische Arbeit des Landratsamts einfließen zu lassen (Quelle: Amtsblatt 2024/02)

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

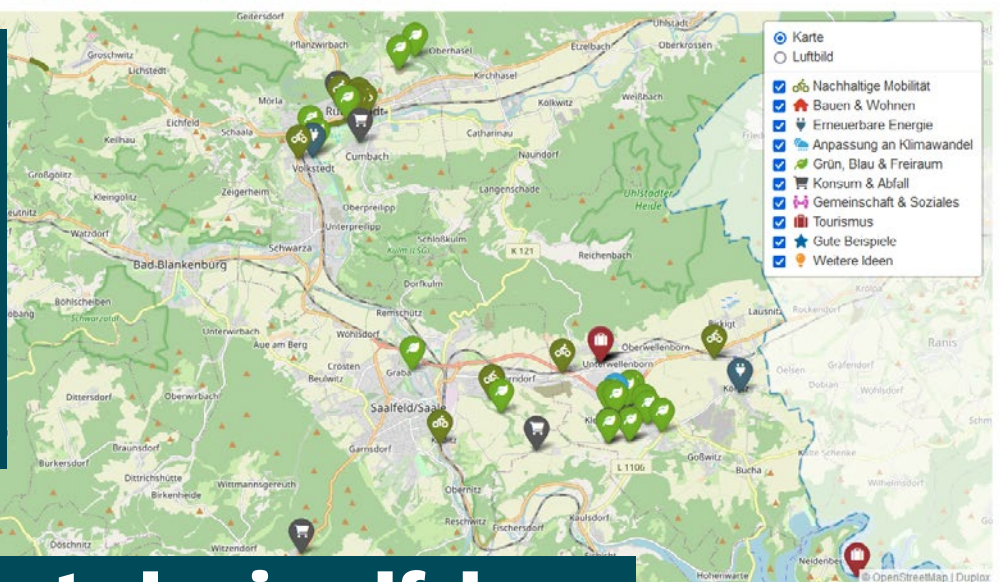
Landkreis
Saalfeld-Rudolstadt

Ideenkarte für Klimaschutz und nachhaltige Regionalentwicklung im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

LISTENANSICHT · HILFE · NUTZUNGSBEDINGUNGEN · IMPRESSUM · DATENSCHUTZ

Screenshot der **Ideenkarte für Klimaschutz und nachhaltige Regionalentwicklung** des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

Hier kann jeder Bürger:in Ideen und Vorschläge einreichen und auf der Karte platzieren



www.ideenkarte.kreis-slf.de

Kriminalitätsstatistik, Duftmarken und Berufsfeuerwehr

Neues aus dem
Saalfelder Stadtrat

Ungewöhnlich viele Besucher verfolgten die erste Sitzung des Saalfelder Stadtrats im Jahr 2024. Dabei standen auf der Tagesordnung keine Entscheidungen, die bei den Saalfelder Bürgern besonders umstritten waren oder ein besonderes Interesse generierten. Auf der Agenda standen die erste Vorstellung der Planung zum Saalfelder Haushalt 2024, die Umstrukturierung der Saalfelder Feuerwehr zu einer Berufsfeuerwehr und aktuelle Informationen zur Kriminalstatistik. Diese, vorgestellt vom Leiter Inspektionsdienst LPI Saalfeld/Saale Andreas Barnikol, füllte vermutlich besonders die Besucherstühle.

Die schöne Stadt Saalfeld ist eine Provinzstadt. Dank ihrer steinernen Chronik und der Lage an der namensgebenden Saale verdient sie das Prädikat schöne Stadt. Trotzdem ist Saalfeld, vor allem für jüngere Leute, nicht so attraktiv wie Metropolen. In der Kriminalsta-

tistik kann Saalfeld aber locker mit diesen mithalten. Dabei geht es weniger um ein Sicherheitsgefühl, sondern um die Art der Delikte. In Saalfeld ist fast alles zu haben. 40 % der Delikte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt fallen auf die Stadt Saalfeld. Die Aufklärungsquote beträgt 62 %. Einbruch, Diebstahl und Ladendiebstahl sind steigend. 2022 gab es 190 Delikte mit Betäubungsmitteln (Drogen) und 2023 wird auf ähnlichem Niveau erwartet. Da die Kriminalitätsstatistik vom Vorjahr erst 2024 veröffentlicht wird, konnte Herr Barnikol nur Zahlen aus dem Jahr 2022 benennen und Tendenzen für 2023 aufzeigen. Die Berichterstattung erfolgt nicht turnusgemäß und fand auf Wunsch des Saalfelder Stadtrates statt.

Die Beschaffungskriminalität von Drogenkonsumenten ist ein besonderes Problem. Besonders E-Bikes sind von den erhöhten Diebstählen betroffen.

Sachbeschädigung infolge Graffiti-Schmierereien sind ebenfalls präsent, dabei vor allem aus Liebe oder Hass zu Fußballvereinen, politischem Hintergrund oder einfach nur, um eine „Duftmarke“ (wie bei einem Kater) in Form von Zeichen zu setzen.

Vereinzelte Besucher warteten wohl gespannt auf die Ausländerkriminalität und sie wurden vermutlich ein wenig enttäuscht. Die Kriminalität ist generell rückläufig, der Anteil der Kriminalität von Ausländern erwartungsgemäß aufgrund einer höheren Anzahl Ausländer leicht steigend. Die Steigerung ist nicht darauf zurückzuführen, dass Ausländer an sich krimineller werden. Die Gruppe der Ukrainer bildeten die größte Gruppe der Feststellungen. Ukrainische Flüchtlinge und Migranten sind auch die größte Ausländergruppe in der Stadt. So gesehen sind die Zahlen erklärbar. Etwas überraschend fand ich das schon, da sich vor

allem ukrainische Frauen und nur wenig Männer bei uns in Sicherheit brachten. Fakt ist: Die Ausländer haben in der Kriminalstatistik keine Chance, uns Einheimische zu überflügeln!

Der Bürgermeister brachte es in seiner Erwiderung auf den Punkt. Saalfeld ist sicher.

Zur Bildung einer Berufsfeuerwehr musste nur ein formaler Beschluss gefasst werden, da das Brandschutzkonzept noch in 2023 verabschiedet wurde. Wie hier schon berichtet, erfordert der Prozess viele finanzielle Mittel und wird über eine Zeitdauer von mehr als zehn Jahren erfolgen.

Der Haushaltsentwurf für 2024 zeigte einmal mehr, wie schwierig es ist, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Auch 2024 ist eine Kreditaufnahme von 2 Millionen Euro eingeplant. Damit der Haushalt zeitnah verabschiedet werden kann, wird am 21. Februar eine Sondersitzung des Stadtrats erfolgen. Der Grund liegt in der darauffolgenden Prüfung durch die Kommunalaufsicht. Diese benötigt etwas Zeit und erst nach dieser kann man von der aktuellen Haushaltssperre in den regulären Modus wechseln. Näheres zum Saalfelder Haushalt 2024 berichten wir nach dessen Verabschiedung.

Sven Kurzhauer
Fraktionsvorsitzender



Graffiti-Exponate FCC Jena und RWERfurt in Saalfeld
FOTOS: TOM



ANSTOß

Impressum

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt • Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! **Redaktionsschluss: 10.02.2024** • Die nächste Ausgabe erscheint im März. • Zuarbeiten, Beiträge und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwährend zu kürzen.



Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!



Der Wahnsinn muss ein Ende haben!

Bundessprecherrat der KPF zum NATO-Manöver »Steadfast Defender 2024«

21. Januar 2024

Am 8. September 1942 schlossen die deutschen Faschisten den Ring um Leningrad. Bis zum 27. Januar 1944 dauerte die mörderische Blockade. Mehr als eine Million Leningrader überlebten sie nicht. 80 Jahre nach dem Ende der Blockade ist die deutsche Öffentlichkeit bar jeglichen Schamgefühls für den millionenfachen Mord. Wie ehrlich kann eigentlich Solidarität mit Jüdinnen und Juden sein, wenn hierzulande der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion aus der gesellschaftlichen Erinnerung beinahe getilgt ist?

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der Ukraine bietet nun nicht wenigen Enkeln und Urenkeln der in die Sowjetunion eingefallenen Naziherden scheinbar eine moralische Rechtfertigung, »DEN RUSSEN« wieder zu hassen. Getilgt war dieser Hass vor allem in der alten Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt. Seit langem sind die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands nicht mehr von Belang. Nicht im Land der Täter, nicht bei dessen NATO-Verbündeten. Wären diese Sicherheitsinteressen nicht ignoriert worden, hätte es – Zusagen zuwider –

vor allem die NATO-Osterweiterung nicht gegeben, es gäbe wohl keinen Krieg in der Ukraine, den die NATO mittlerweile stellvertretend führen lässt.

Wege zum Frieden werden nicht gesucht. Statt diplomatischem Ringen liefert der Westen Waffen und mästet die Rüstungskonzerne. Und nun das größte NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges. Vier Monate lang. Der erklärte Feind wird mit Klarnamen benannt: Russland. Räumlich erstreckt sich das Manövergebiet in einem weiten Bogen im Westen der Russischen Föderation – von Norwegen über das Baltikum bis nach Rumänien.

Solch ein Aufmarschgebiet gab es schon einmal. Das ist in Russland unvergessen. Unvergessen sind die 27 Millionen Sowjetmenschen, die durch den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands ihr Leben verloren.

So geschichtsvergessen, so verantwortungslos zu agieren, wie es die NATO tut, das ist Wahnsinn. Dieser NATO-Wahnsinn – ideologisch durchsetzt von Russophobie – muss ein Ende haben.



#niewiederistjetzt

1.500 protestieren am 26.01. in Saalfeld gegen Rechtsextremismus

FOTO: LOTHAR



FOTOS: HASKALA



Dass Laura nie wieder sei!



Haskala & SB1 & Friends zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus im KZ- Außenlager Laura

FOTOS: LOTHAR & HASKALA



50 Menschen beim Gedenken in Rudolstadt

FOTO: DIE LINKE.RU

Die Häftlinge des KZ-Außenlagers Laura

Belgier
Deutsche
Franzosen
Italiener
Juden
Bürger Jugoslawiens
Polen
Bürger der Sowjetunion

Häftlinge unbekannter Nationalität

Einladung zur **Frauentagsfeier**

Mo 11. März
14.30 Uhr

AWO-Begegnungsstätte
Saalfeld

Die **Frauentagsfeier** unseres Kreisverbandes findet am **Montag, dem 11. März, um 14.30 Uhr** im Saalfelder Stadtteil Gorndorf statt. Veranstaltungsort ist die **AWO-Begegnungsstätte in der Albert-Schweitzer-Straße 134, Saalfeld.**

Bei Kaffee und Kuchen können wir uns austauschen über alles, was uns sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Umfeld bewegt.

Als prominenten Gast begrüßen wir dazu unsere Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig.

Falls ihr einen Fahrdienst benötigt, meldet euch bitte bei Doris Födisch, Tel. 03671 510360 oder Sabine Österreicher, Tel. 03671 591421.

Wir freuen uns auf euch und selbstverständlich ist männliche Begleitung auch gern gesehen.

Euer Stadtvorstand Saalfeld

Unveröffent-
lichter

Leserbrief

an die OTZ zu
deren Beitrag
Stichwahl als
Abstimmung
über Höcke
(OTZ, 25.01.24)

Astrid Rothe-Beinlich gehört zu den wenigen Grünen, deren stetes politisches Agieren nach humanistischen, antifaschistischen und demokratischen Prinzipien ich sehr schätze. Ihr Einwurf, der Wahlkampf von CDU-Kandidat Christian Herrgott sei „AfD light“ gewesen, ist schwerwiegend und verdient nicht nur wegen der Stichwahl um den Landratsjob im Saale-Orla-Kreis Beachtung. Obwohl seitens der CDU in letzter Zeit immer wieder die Brandmauer gegenüber der AfD beschworen wird, bleibt es eine historische Tatsache, dass die CDU – „auf dem rechten Auge blind“ – viele Initiativen gegen Rechtsextremismus ausgebremst hat und dass ein Teil des AfD-Führungspersonals auch auf Landes- und Kreisebene in der CDU politisch sozialisiert worden ist. Bestehende Schnittmengen zwischen beiden Parteien und auch zur FDP lassen sich nicht leugnen und sind bei aller Wahltaktik zu berücksichtigen. Wahlkampfhilfe durch andere, unterlegene Parteien zugunsten eines künftigen Landrates Herrgott sollte also nicht gratis zu haben sein, sondern sichere demokratische Garantien voraussetzen.

Dr. Wolfgang Künzel

Die Wahl im Saale-Orla-Kreis ist vorbei. Das im Leserbrief beschriebene Problem wird wohl noch öfter auftreten. Die Frage, wie wir uns verhalten sollten, bleibt, der Empfehlung sollten wir bei zukünftigen Wahlen Folge leisten – oder gleich einen gemeinsamen Kandidaten suchen, der von allen demokratischen Parteien getragen wird.

Die Redaktion

Antrag an den Landesparteitag

Beschlussvorschlag

Der Landesparteitag fordert die Thüringer Landesregierung auf, im Bundesrat die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die Partei „Alternative für Deutschland“ zu beantragen.

Antragsteller:

Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt

Begründung:

„Ich glaube, es ist eine traurige Wahrheit, dass wir unserem Affenzustand noch sehr nahe sind und dass die Zivilisation nur eine sehr dünne Decke ist, die sehr schnell abblättert.“

– Fritz Bauer

„Das Verbot einer Partei [...] soll [...] verhindern, bestimmte politische Ziele – nämlich die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung [...] – auf eine bestimmte Weise, d.h. als Partei [...], zu verfolgen und sie vermittels der Wahl von Vertretern dieser Ziele in staatliche Ämter [...] in die zur politischen Entscheidungsfindung berufenen staatlichen Organe hineinzutragen.“¹ Die Gefahr ist nun realer denn je. Die Potentialität (siehe Erklärkasten) der AfD, zersetzend auf die Verfassungsorgane einzuwirken, hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Spätestens wenn die AfD an der Wahl von Verfassungsrichter:innen beteiligt werden müsste, wäre ein untragbarer Zustand erreicht. Die Sitzzusammensetzung der Landtage gefährdet jetzt schon die Bildung stabiler demokratischer Regierungen und spielt somit den Verfassungsfeinden von der AfD durch steigende Politikverdrossenheit und weiter abnehmendes Vertrauen in die Demokratie in die Hände.

Die drei Landesverbände der AfD in Mitteldeutschland werden von den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Die Hauptlast der Beobachtung faschistischer Bewegungen liegt jedoch bei Antifaschist:innen und unabhängigen Journalist:innen. Hier müssen jetzt auch die Verfassungsorgane im Freistaat Thüringen, aber auch auf Bundesebene dem „Nie wieder!“ Rechnung tragen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist lange genug versucht worden, wenn sich jedoch Weimar oder Wannsee nicht wiederholen sollen, dann muss jetzt das Verbot folgen. In neun Jahren ist es wieder 33.

Die Gefahr für unsere Demokratie kann gar nicht überschätzt werden. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik kam es so sehr auf das Adjektiv „abwehrbereit“ in „abwehrbereite Demokratie“ an. Aus der Geschichte der Weimarer Republik haben wir gelernt, dass eine Demokratie ihren eigenen Feinden nicht Tür und Tor öffnen darf. Die AfD setzt alles daran, die Verfassungsorgane von innen unglaubwürdig zu machen. Wie groß erst wäre die Katastrophe, wenn diese Feinde der Demokratie einen Fuß in der Tür zu den Verfassungsgerich-

ten hätten. Dann wäre es zu spät für wehrhafte Demokratie. Der Zeitpunkt jetzt ist richtig und das Mittel auch. Genau für diese Lage ist das Parteiverbot in das Grundgesetz aufgenommen worden. Es ist nicht notwendig, dass sich eine Partei erst am Umsturz beteiligt, damit sie verboten werden kann, denn dann ist es zu spät!

Die berechtigten Bedenken, dass ein solches Verbotsverfahren scheitern könnte, dürfen die Einleitung eines solchen nicht verhindern. In der „Angst vor Karlsruhe“ hat Sachsen gegen den ehemaligen AfD-Abgeordneten Jens Maier nicht das von Verfassungs wegen vorgesehene Mittel der Richteranklage gewählt, sondern den vorläufigen Ruhestand. Jetzt tun ihm seine menschenverachtenden Äußerungen bestimmt nicht leid, wo er doch fürs Nichtstun weiter Bezüge erhält. Und auch im Falle des Parteiverbots im Allgemeinen führt die „Angst vor Karlsruhe“ zu einer völligen Lähmung der verfassungsmäßig vorgesehenen Schutzinstrumente. Diese Schutzinstrumente machen jedoch den Kern der wehrhaften Demokratie aus und drohen gerade in dieser kritischen Entwicklung für unseren Verfassungsstaat vollständig wirkungslos zu bleiben.

Deshalb dürfen wir nicht länger warten. Findet das Parteiverbot jetzt keine Anwendung, wird es nie Anwendung finden.

Das Weitere wird bei der Einbringung des Antrages mündlich begründet.

Die Potentialität einer Partei ist eine Voraussetzung des Parteiverbotsverfahrens seit der NPD-Verbotsentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. „[...E]s [bedarf] konkreter Anhaltspunkte von Gewicht, die einen Erfolg des gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Handelns zumindest möglich erscheinen lassen.“ – BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 –

¹Klein in Dürig/Herzog/Scholz GG, Art. 21, Rn. 486 f.

Warum ich mit Nein gestimmt hätte

Kommentar zum auf der Gesamtmitgliederversammlung beschlossenen Antrag, die Landesregierung aufzufordern, die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD zu beantragen

An der Mitgliederversammlung (MV) unseres Kreisverbandes am 20. Januar hatte ich wegen einer seit längerem geplanten auswärtigen Familienfeier nicht teilgenommen. Danach erfuhr ich, dass die Versammlung den Beschluss gefasst hatte, einen von Paul Kurzke vorbereiteten Antrag zu unterstützen, welcher dem Landesparteitag zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Der Parteitag soll die Landesregierung auffordern, im Bundesrat die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD zu veranlassen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, es gab wohl vier Gegenstimmen. Auch ich hätte mit Nein gestimmt und die Gründe dafür möchte ich erläutern.

Die Thüringer AfD ist eine Partei, die im Verfassungsschutzbericht erstmals 2021 und dann im Vermerk des Amtes für Verfassungsschutz vom 23. Mai 2022 als rechtsextremistisch eingestuft wird. Der Verfassungsschutzberichts enthält Aussagen B. Höckes und einiger weniger AfD-Funktionäre, aus jeder einzelnen derer ein Verstoß gegen einen Paragraphen des Grundgesetzes direkt abgeleitet wird. Das kann bei weitem kein Verbotsantragsverfahren gegen die Partei begründen. Pauls Begründung seines Antrags mit der Bezugnahme auf 1933 tut dies noch weniger. Die Katastrophe entstand damals aus der Summe der sozialen und

politischen Umstände, die sich wechselseitig beeinflussten: Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Armut, Dominanz rechtskonservativer Ideologie und die ungenügende Verankerung demokratischer Prinzipien in der Gesellschaft überhaupt als Erbe von Kaiserreich und Krieg, die Unterstützung Hitlers durch die Wirtschaft. So ist geschichtlich belegt, dass die Unternehmerklasse durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihre Neigung zu einem autoritären System die Auflösung der Weimarer Republik vorangetrieben und die Diktatur mit vorbereitet hat. Insbesondere die Großindustrie trug ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Nazi-Herrschaft.

Parallelen zur heutigen Situation sehe ich kaum.

Somit bin ich Gegner des Antrags an den Landesparteitag. Schon einmal haben wir erlebt, wie eine ideologisch aufgeladene Situation 2021 auf unserem Landesparteitag zu einem Beschluss geführt hat, der keine sachliche Grundlage hatte und deshalb der Thüringer LINKEN auch geschadet hat: Die Forderung nach der Corona-Impfpflicht.

Ich führe noch folgendes an: Wenn im berechtigten Protest gegen Rechtsextremismus sich DIE LINKE in einer nationalen Front der Parteien gegen die AfD instrumentalisieren lässt, dann vergisst sie, wie schnell sich Propaganda und staatli-

ches Handeln gegen sie selbst richten können. Die Änderung des Wahlrechts durch den Bundestag hat ja schon mal geklappt.

Repräsentanten einer wehrhaften Demokratie müssen andere Mittel finden als eine unbequeme, populäre Opposition verbieten zu wollen, auch wenn sie in Teilen extremistisch daherkommt. Scheinbar sehen dies unser Parteivorstand und der Ministerpräsident ebenso. Es ist vielleicht, nun ja ... nicht ganz geschickt, wenn der Parteitag Bodo zu etwas nötigen soll, das dieser gar nicht will. Die Parteibasis darf natürlich anderer Meinung sein als der MP – ich bin es in diesem Fall nicht.

Innenminister Maier glaubt scheinbar sogar, mit Hilfe des Verfassungsschutzes die Thüringer SPD aus der Misere holen zu können. Richard von Weizsäcker sagte 1992 im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger treffend: „Bei uns ist ein Berufspolitiker im Allgemeinen weder ein Fachmann noch ein Dilettant, sondern ein Generalist mit dem Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft.“ Na dann viel Erfolg!

Hubert Krawczyk
Rudolstadt

P.S. Der Stadtrat Hannover hat übrigens jüngst für einen Verbotsantrag gestimmt – folgerichtig enthielt sich DIE LINKE.

Die Russen kommen

Zum Leserbrief Herr Hohlas aus Saalfeld „Autokratische Herrschaft als Ziel“ an die OTZ, in welchem er die Gefahr eines russischen Angriffs auf die deutsche Zivilbevölkerung herbeiphantasiert, habe ich eine Antwort geschrieben. Die beiden letzten Sätze fielen allerdings der redaktionellen Kürzung zum Opfer. Die Antwort lautete:

Den Glauben an eine neue europäische Friedensordnung hatten wir nach der Wende alle. Jetzt führt Russland einen verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine. Dafür hat es zwei Gründe. Erstens kann Putins Clique den Untergang der Sowjetunion nicht verwinden und erhebt Anspruch auf ehemalige Sowjetrepubliken. Zweitens hatte der Westen mit seiner ignoranten Nato-Vorwärtsstrategie gen Osten die überwunden geglaubte Konfrontation zwischen dem Westen und Russland mitbefeuert.

Der Leserbriefschreiber meint nun allen Ernstes, „Putin und seine Vasallen“ träumten davon, „ganz Europa zu ihren Vasallen zu machen“. Er betreibt damit das Handwerk derjenigen, denen Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland nicht schnell genug gehen kann. Zu behaupten, wir bräuchten einen atomaren NATO-Schutzschild deshalb, damit Putin die deutsche Zivilbevölkerung nicht angreift, ist absurd. Der Leserbriefschreiber bezichtigt andere, Desinformation zu betreiben. Dabei tut er es selbst.

Hubert Krawczyk
Rudolstadt

Fragen

Zweidrittelgesellschaft im Scheißsystem: Die Rolle der LINKEN beim Kampf um Freiheit und Demokratie ohne Kapitalismus

Peter Glotz, ein kluger Mann, seinerzeit Bundesgeschäftsführer der SPD, prägte den Begriff der Zweidrittelgesellschaft. Was er meinte: Etwa zwei Drittel der Gesellschaft profitieren von Wirtschaftswachstum und Wohlstand, ein Drittel der Menschen sinkt unter die Armutsgrenze, es bildet sich eine soziale Unterschicht und darunter noch ein Prekariat. Bereits 1984 formulierte Peter Glotz: „... eine Gesellschaft, die mit hoher Arbeitslosigkeit lebt, die eine neue Armut duldet, den Kern der Arbeiterschaft materiell einigermaßen sichert, konfliktunfähige Randgruppen aber ausgrenzt.“ Daran wurde leider auch in der Zeit, in der die SPD der Regierung angehörte, eher wenig geändert. Der Teil der Arbeitslosen wurde durch die Hartz-Reformen verringert, der des Prekariats vergrößert. Die Regierenden sind sich dessen bewusst, aber solange der größere Teil der Menschen vom System profitiert, ist der Machterhalt gesichert. Und dabei ist es egal, in welcher Konstellation die Parteien regieren. Sie dienen dem Status quo: dem Kapitalismus. Und der produziert Verlierer.

Die neue heilige Kuh unserer Zeit: Arbeitsproduktivität. Nur wer mit immer teureren Maschinen in immer kürzerer Zeit noch mehr „Bruttosozialprodukt“ erzeugt, oder ehrlicher, dem Unternehmen maximalen Profit bringt, ist tauglich. Der Gewinn dem Kapitalisten, den „untauglichen Rest“ der Gesellschaft vor die Füße. Im-

mer größer wird die Zahl derjenigen, deren Lohn nicht zum Leben reicht, die zusätzliche Hilfe vom Staat erbetteln müssen. Die neueste Oxfam-Studie zeigt: Die Schere geht immer weiter auseinander. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer; weltweit wie auch innerhalb unserer Gesellschaft. Innerhalb Deutschlands verschärft durch das Gefälle zwischen Ost und West.

In großer Naivität haben viele Menschen im Osten 1990 CDU gewählt, Helmut Kohl, der ihnen blühende Landschaften versprach. Was kam, war die Treuhand, Industriearbeitsplätze wurden zu Millionen vernichtet. Desillusioniert und enttäuscht wählten die Ostdeutschen 1998 in großer Zahl Gerhard Schröder, in der Hoffnung, er werde ihnen helfen, Respekt und Genugtuung verschaffen. Was kam, waren die Agenda 2010 und Hartz IV. Wer nach sechs Monaten keinen neuen Job gefunden hatte, fiel tief. Egal, wie lange jemand Arbeitslosenversicherung bezahlt hatte, Hilfe gab und gibt es erst, wenn das Sozialhilfeniveau erreicht ist.

Die Menschen lernten daraus zweierlei:

1. Egal, was sie wählten, es änderte sich nichts. Die Bedürfnisse und Interessen des unteren Drittels geht den Mächtigen gleich welcher Couleur am Arsch vorbei.
2. Sie sind in einem Scheißsystem gelandet.

Und **da** genau beginnt das Problem. Seit über 30 Jahren wird den Menschen im Osten (und denen im Westen schon sehr viel länger) eingehämmert, dass die Demokratie und die Freiheit das Wichtigste sind und dass diese immer nur zusammen mit der „sozialen Marktwirtschaft“ zu haben sind. Keiner nennt das Kind beim Namen – Kapitalismus. Und der gehört dazu. Alternativlos. Und dann wundern wir uns, dass die Menschen AfD wählen? Zum Teufel mit dem System, das ihre Würde mit Füßen tritt. Dass die AfD kein schlüssiges Konzept hat, die Probleme zu lösen, dass deren Personal in Teilen rechtsextremistisch ist, schreckt die Menschen nicht. Dass die Regierung Angst vor ihr hat, ist Wahlempfehlung genug.

Der Kapitalismus macht die AfD stark. Und wir bekämpfen die AfD und ihre Wähler?!

Wann haben wir angefangen, den Sack zu dreschen?

Wir sollten den Menschen erklären, dass Demokratie und Freiheit, und zwar die des Denkens und nicht die des Geldes, ohne Ausbeutung und Profitgier möglich sind.

Dass Kapitalismus ohne Demokratie geht, beweisen unter anderem Russland und China.

Warum also soll es nicht Demokratie und Freiheit ohne Kapitalismus geben – ohne Ausbeutung und riesige Profite für die Reichen, ohne soziale Unterschicht, ohne Prekariat?

Warum erkennen die Menschen nicht in uns die wählbare Alternative?

Warum und wie sind wir Teil dessen geworden, was die Menschen ablehnen?

Haben wir mit der Beteiligung an der Macht unsere Unabhängigkeit verkauft, Unrecht auch Unrecht zu nennen?

Fangen wir an, den Kapitalismus zu verteidigen, wenn wir uns in eine Reihe mit denen stellen, die das tun?

Auch unsere Partei und ihre Repräsentanten wurden mal vom Verfassungsschutz beobachtet. Weil wir diesen Staat, so wie er jetzt ist, in Frage gestellt haben. Tun wir das nicht mehr? Warum?

Und warum wundern wir uns, dass wir keine Alternative mehr sind, sondern Teil des Systems?

Wir protestieren gegen Rechts. Warum protestieren wir nicht gegen soziale Ungleichheit? Ja, das steht in unserem Programm. Und wo noch? Wo schreien wir es heraus?

Wo sind unsere Transparente, die fordern, dass den Menschen in den Dörfern das gleiche Recht auf Teilhabe zusteht? Menschen, denen seit Jahrzehnten jegliche Infrastruktur geraubt wurde. Kein Arzt, kein Laden, kein Friseur, kein Kino, keine Gaststätte mehr, selbst Kindergärten und Horte unter dem Vorbehalt, sich rechnen zu müssen.

Wo ist unsere lautstarke Forderung nach einem öffentlichen Nahverkehr, der die Menschen in den Dörfern auch erreicht? Sollen die alle in die Städte ziehen, um dazuzugehören? Und wo sollen sie dann wohnen?

Jeder Bewohner eines Dorfes, der Arbeit hat, braucht ein Auto. Jeder! Und sieht sich plötzlich einer Kampagne gegenüber, die Autos zu Klimakillern erklärt. Auf die er – bitte schön – verzichten soll. Wie soll das gehen?

Menschen über 70 sollen sich verpflichtend auf ihre Fahrtauglichkeit untersuchen lassen. Und dann? Hat sich mal einer Gedanken gemacht, was es für Dorfbewohner bedeutet, nicht mehr fahren zu dürfen? Lebendig begraben an einem Ort, dessen letzte verbliebene Infrastruktur die Straße ist. Und die auch nur, weil sie schon da war.

Nein, das Drittel (mindestens!), auf dessen Zustimmung die Herrschenden zugunsten der oberen zwei Drittel verzichten, ist nicht gleichmäßig verteilt. Im Osten gibt es mehr davon. Und dort besonders auf dem Land. Und wenn wir diese Menschen nicht an die AfD verlieren wollen, müssen wir uns den Ursachen widmen.

Wir müssen für und um diese Menschen kämpfen – nicht gegen sie.

Christine Präbeler

Ein elektronischer Brief an den Landesvorstand

Im Januar hatte ich am Treff am Donnerstag im Weltladen Saalfeld teilgenommen. Dort nahm ich die Möglichkeit wahr, unseren ebenfalls anwesenden stellvertretenden Landesvorsitzenden Daniel zu befragen, ob der Landesvorstand denn nicht von seinem hochstaplerischen Vorhaben, den Programmentwurf für die Landtagswahl „Regierungsprogramm“ zu nennen, ablassen wolle. Daniel verneinte dies und ergänzte, ihm gefiele diese Benennung ja auch nicht. Ich versprach ihm, im Hinblick auf die am nächsten Tag stattfindende Landesvorstandssitzung noch am Donnerstagabend den beiden Landesvorsitzenden einen elektronischen Brief zu schreiben. Das tat ich dann auch an alle, in Kopie an alle Mitglieder des Landesvorstandes.

Liebe Ulrike,
lieber Christian,

vielen Dank für die Mitgliederinfo vom 10. Januar. Ich finde es ausgezeichnet, wie der Landesverband die Vorbereitung des Wahlprogramms angeht. Was gibt es besseres

als diejenigen zu ihren Ideen, Vorschlägen und Wünschen zu befragen, um deren Stimmen wir zur Landtagswahl werben wollen. Ich mache aber im Hinblick auf die morgige Vorstandssitzung, in der ein Programmentwurf in erster Lesung diskutiert werden soll, folgende kritische Anmerkung. In der Mitgliederinfo gebraucht Ihr anstelle des „Wahlprogramms“ den Begriff „Regierungsprogramm“. Am 1. September wird aber der Landtag, nicht die Regierung gewählt. Ein Regierungsprogramm wird in Koalitionsverhandlungen erarbeitet, voraussetzt keine der Parteien erreicht die Mehrheit der Sitze für sich alleine. Für DIE LINKE wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für diese Mehrheit nicht reichen. Von unseren Bündnispartnern (sofern man sie so nennen will) und politischen Wettbewerbern SPD und Grüne ist dem Vernehmen nach keine verbindliche Koalitionsaussage zu unseren Gunsten zu hören. Wenn sie dies doch noch tun sollten: Werden sie sich darüber freuen, schon

ein Regierungsprogramm ohne ihr Zutun haben zu müssen?

Und warum sollten wir uns an der CDU/CSU ein schlechtes Beispiel nehmen, die 2017 gleichfalls mit einem „Regierungsprogramm“ im Vorfeld der Wahlen protzte. In der Wahl erzielten sie ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände halte ich es für einen politischen Fehler mit Außenwirkung, im Wahlkampf von einem Regierungsprogramm zu sprechen. Deshalb erwarte ich vom Landesvorstand, sich von diesem Begriff zu trennen und, wie üblich, dem Parteitag einen Wahlprogramm-Entwurf vorzulegen.

Beste Grüße und eine ergebnisreiche Vorstandssitzung!

Hubert Krawczyk
Rudolstadt

P.S. Der Landesvorstand beschloss den Entwurf eines Regierungsprogramms.

Kurze Frage

Henry Kissinger „Ein Gigant der Geopolitik“ (OTZ vom 1.12.2023) ist im Alter von 100 Jahren verstorben.

Gespräche mit historischem Hintergrund anlässlich seines 100. Geburtstag entsprachen laut Presse nicht seinen Wünschen.

Das Hier und Jetzt bevorzugte er. „Einer seiner letzten Sätze war der, dass Wladimir Putin nicht allein am Krieg in der Ukraine schuld sei“ so die Presse.

Das veranlasst mich zu der Frage: Wer war und ist dann noch schuld am Krieg in der Ukraine?

Sollte diese Frage je beantwortet werden, könnten die Menschen, auch diejenigen in der Partei DIE LINKE, die Waffenlieferungen für den Krieg in der Ukraine befürworten, vielleicht zu einer anderen Meinung kommen.

Klaus Biedermann

Zerreißprobe für das Original?!

In der gegenwärtigen Situation steht das Original DIE LINKE vor einer Zerreißprobe. Ähnliche Gedanken äußerte ich an dieser Stelle anlässlich der Wahl-niederlage zur letzten Bundestagswahl. Ja, der Wähler nahm es uns übel, dass wir besonders in der Bundesspitze Personalaueinandersetzen, die ich als Machtgerangel bezeichne, über die inhaltliche Arbeit gestellt haben. Für mich stelle ich fest, dass sich mittlerweile die falschen Leute in unseren Führungsgremien aufhalten. Das gilt für die Bundes- wie auch für unsere Landesebene. Ja, ich nenne

das bewusst „aufhalten“, da ich eine engagierte und linksgerichtete Führungstätigkeit nicht erkennen kann. Im Besonderen ist es ausschließlich unserer Bundesspitze zu verdanken, dass sich Sahra Wagenknecht mit einer Gruppe abgespalten hat und namhafte Spitzenpolitiker:innen sich mittlerweile angeschlossen haben. Natürlich hat das für den einen oder anderen verschiedene Überlegungen gegeben (wie immer). Einige folgen der Wagenknecht-Gruppe aus Überzeugung und andere, um ihre hochdotierten Posten zu behalten. Solche subjektiven

Verhaltensweisen scheinen bei den Menschen im Allgemeinen üblich zu sein.

Die Zerreißprobe, in der wir uns gegenwärtig befinden, wird an vielen Stellen zur Schwächung unserer Partei führen. Zu den bevorstehenden Wahlen, besonders auf kommunaler Ebene im Frühjahr dieses Jahres, sowie zu den Landtagswahlen im September, werden sich die Auswirkungen in Ergebnissen zeigen. Da wir in den Augen der Wähler als Bundespartei uninteressant geworden sind, gilt es, regional unsere Positionen weiter

zu festigen, ja, und möglichst auszubauen und damit in anderen Ebenen keine Kräfte zu verheizen. In den Kommunalvertretungen spielen wir immer noch eine gewichtige Rolle. Die Konkurrenz vom Bündnis Sahra Wagenknecht ist hier noch nicht so stark, als könnte sie uns ersetzen. Schlussfolgend müssen wir engagiert den Wahlkampf in den Gemeinschaften, an den Haustüren und auf der Straße führen, um dem Wähler das Original glaubhaft nahezubringen.

Frank Persike

Termine

Do 15. Feb 2024

18.00 Uhr • Büro Bad Blankenburg
Beratung des Kreistagswahlprogramms und der Kreistagsliste

Sa 17. Feb 2024

Rudolstadt
Infostand der „Omas gegen Rechts“

Mo 19. Feb 2024

16.30 - 19.00 Uhr • Saalfeld Markt
Kundgebung „4 Jahre nach Hanau - Say their names!“

Mi 21. Feb 2024

18.00 Uhr • Büro Bad Blankenburg
Linker Treff hybrid

Fr 23. Feb 2024

16.00 Uhr • Rudolstadt Markt
Ein Fest der Vielfalt
„Demokratie braucht Demokraten“
(Friedrich Ebert)

Sa 24. Feb 2024

9.30 Uhr • Rudolstadt, Markt 8, AWO
GMV Stadtverband Rudolstadt zur
Wahl Bürgermeisterkandidat:in und
Aufstellung der Stadtratsliste

Mo 26. Feb 2024

18.00 Uhr • Büro Bad Blankenburg
Beratung Kreisvorstand (hybrid)

Mi 28. Feb 2024

18.30 Uhr
BO-Mitglieder-Treffen Saalfeld

Fr 01. März 2024

00.00 Uhr
meteorologischer Frühlingsanfang

Fr 01. März 2024

17.00 Uhr • Landesgeschäftsstelle
Sitzung des Landesvorstands

Di 05. März 2024

16.00 - 19.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
Sprechstunde für Interessierte

Sa 09. März 2024

9.00 Uhr • Haskala
GMV Kreisverband zur Aufstellung
der Kreistagsliste

Mo 11. März 2024

14.30 Uhr • AWO-Begegnungsstätte
Saalfeld-Gorndorf
Frauentagsfeier (s.S. 7)

Do 14. März 2024

15.00 Uhr • Weltladen Saalfeld
Treff am Donnerstag

Sa 16. und So 17. März

Landesparteitag in Ilmenau

Mo 18. März 2024

17.00 Uhr • Haskala
GMV Stadtverband Saalfeld zur
Aufstellung der Stadtratsliste

Mi 20. März 2024

4.06 Uhr
astronomischer Frühlingsanfang

Mi 20. März 2024

18.00 Uhr • Büro Bad Blankenburg
Linker Treff hybrid

So 24. März 2024

15.00 Uhr • Haskala
Gespräche bei Kaffee und Kuchen

Mo 25. März 2024

18.00 Uhr
Bad Blankenburg Volkssolidarität
GMV Stadtverband Bad Blankenburg
zur Aufstellung der Stadtratsliste

Treff am Donnerstag

Der Donnerstags-Treff
Februar fand zwar bei
hässlichem Wetter statt, aber
im Weltladen ist es ja trocken
und warm – und Kaffee und
Tee gab es auch.

Die Diskussion drehte
sich um aktuelle politische
Themen, angefangen bei
der Politik unserer Partei
über Bauernproteste bis zum
Krieg in der Ukraine und dem
Kriegsschiff „Hessen“, das
in Kiel Richtung Rotes Meer
ausgelaufen ist.

Danach ging es beim
Erzählen eigener Erlebnisse
recht lustig zu. Hast du
Lust, Mitglied unserer
Runde zu werden? Komm
einfach zum nächsten Treff.
Der findet am 14. März
2024 statt, der folgende
am 11. April – wie immer
um 15 Uhr im Weltladen
Saalfeld. Natürlich gibt es
wieder fair gehandelten
Kaffee und Tee. Plätzchen,
Waffeln und Schokolade aus
fairem Handel sind im Laden
ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff
am Donnerstag ist jede
Genossin, jeder Genosse,
jede Sympathisantin und
jeder Sympathisant – egal,
ob im [solid]-Alter, schon
in Rente oder irgendwo
dazwischen.

nächste Treffs:

Do 14. März

und danach Do 11. April
jeweils ab 15 Uhr
Weltladen Saalfeld

Zitat des Monats

Bereits vor meinem
Flug wusste ich, dass
unser Planet klein und
verwundbar ist. Doch
als ich ihn in seiner
unsagbaren Schönheit
und Zartheit aus dem
Weltraum sah, wurde mir
klar, dass die wichtigste
Aufgabe der Menschen
ist, ihn für zukünftige
Generationen zu hüten
und zu bewahren.

Sigmund Jähn
geb. 13. Feb
erster Deutscher im All



Erich Kästner um 1930
Foto: gemeinfrei

23. Februar 1899 Emil Erich Kästner

Am 23. Februar 1899 wird Emil Erich Kästner als Sohn eines Dienstmädchens und eines Sattlermeisters geboren in Dresden.

Ab 1913 besucht er ein Lehrerseminar, das er aber nach drei Jahren kurz vor Ende der Ausbildung zum Volksschullehrer verlässt.

1917 zum Militärdienst einberufen, lässt ihn die Brutalität der Ausbildung zum Antimilitaristen werden.

1919 beginnt Erich Kästner ein Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und Theaterwissenschaft in Leipzig. Die Deutsche Inflation von 1914 bis 23 und seine daraus resultierende schwierige finanzielle Situation zwingen ihn, mehrere Jobs anzunehmen, u.a. als Journalist und Theaterkritiker. 1925 wird er zum Dr. phil. promoviert.

Aufgrund seiner kritischer werdenden Artikel wird er 1927 von der Zeitung gekündigt und zieht nach Berlin. Als freier Kulturkorrespondent arbeitet er unter Pseudonymen weiter für die Neue Leipziger Zeitung.

In den Jahren bis 1933 schreibt er mehrere hundert Gedichte, Glossen, Reportagen und Rezensionen für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, auch für die Weltbühne.

1929 erscheint sein erstes Kinderbuch „Emil und die Detektive“, das 1931 verfilmt wird. Mit dem Drehbuch unzufrieden, beginnt er als Drehbuchautor für die Studios in Babelsberg zu arbeiten.

1933 erscheint „Das fliegende Klassenzimmer“.

Kästner ist einer der wenigen intellektuellen und zugleich prominenten Gegner des Nationalsozialismus, die in Deutschland bleiben. Seine Werke allerdings werden als „undeutsch“ diffamiert, öffentlich verbrannt und verboten. Als einziger der Autoren ist er bei der Bücher-Verbrennung anwesend. Trotz Repressionen darf Kästner unter Pseudonym weiter veröffentlichen; schreibt u.a. Drehbücher für komödiantische Unterhaltungsfilme, darunter 1943 „Münchhausen“.

Nach Kriegsende zieht Kästner nach München und publiziert wieder. 1954 entsteht „Das doppelte Lottchen“. Von 1951 bis 1962 ist er Präsident des westdeutschen P.E.N.-Zentrums. Als Pazifist nimmt er bei mehreren Gelegenheiten gegen die Politik der Regierung Adenauer Stellung, kritisiert die Remilitarisierung, tritt öffentlich gegen die Atompolitik auf, spricht bei Ostermärschen.

Populär machen ihn vor allem seine Kinderbücher sowie seine mal nachdenklich, mal humoristisch, oft satirisch formulierten gesellschafts- und zeitkritischen Gedichte, Epigramme und Aphorismen.

Erich Kästner stirbt am 29. Juli 1974 in München.

„An allem Unfug, der geschieht, sind nicht nur die schuld, die ihn begehen, sondern auch diejenigen, die ihn nicht verhindern.“ (Erich Kästner in seinem Buch „Das fliegende Klassenzimmer“)